

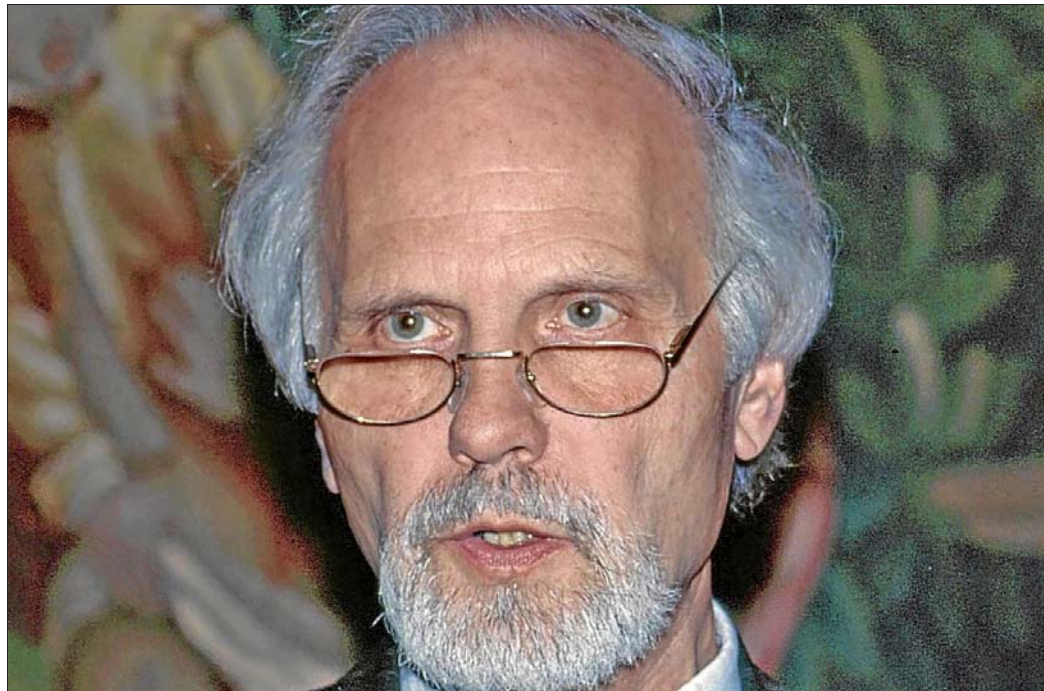
Mehrheit sollte akzeptiert werden

Politikwissenschaftler Wehling hält Quorum für Volksabstimmungen für zu hoch und rechnet mit einer Absenkung

Von Stefan Jehle

Tübingen. Wenn an diesem Sonntag 7,8 Millionen Wahlberechtigte zur Abstimmung über das Finanzierungsgesetz für Stuttgart 21 an die Wahlurne gebeten werden, sieht der Tübinger Politikwissenschaftler Hans-Georg Wehling darin Neuland und einmalige Chance zugleich.

Das Plebiszit um den Stuttgarter Bahnhof sieht Wehling als »riesen Chance« zur Stärkung der Mitwirkungsrechte der Bevölkerung. Wegen des hohen Quorums von einem Drittel der Stimmen, ab dem die Volksabstimmung überhaupt Konsequenzen hat, hält der Politikwissenschaftler eine Befriedung des Streits um den Neubau des Stuttgarter Hauptbahnhofs allerdings »für eher zweifelhaft«. Denn für die Gegner von S21 reicht es nicht, wenn eine Mehrheit sich am Sonntag für den Ausstieg des Landes aus der Finanzierung von Stuttgart 21 ausspricht. Mindestens rund 2,6 Millionen, also ein Drittel der Wahlberechtigten, müssten »Ja« zum Ausstieg sagen, damit dies überhaupt Auswirkungen hat.



Die Bayern, findet Hans-Georg Wehling, sind uns bei der Bürgerbeteiligung voraus. Foto: Osburg

Wehling ist jedoch überzeugt, dass das hohe Quorum bald fallen wird. Die CDU als größte Fraktion im Landtag habe ja früher schon die Bereitschaft zur Senkung des Quorums erklärt. Im Vorfeld der Abstimmung um Stuttgart 21 konnte die CDU aber wohl kein weiteres Entgegenkommen zeigen, »ohne das Gesicht zu verlieren«, mutmaßt Wehling. CDU-Landesfrak-

tionschef Peter Hauk hatte denn auch klargemacht: »Wir verschließen uns einer Verfassungsänderung aus tagesaktuellem Grund«. Doppeldeutig, aber auch in die Zukunft weisend findet das der Tübinger Politikwissenschaftler. Die jetzige Volksabstimmung ist für Hans-Georg Wehling indes nicht vergleichbar mit den Abstimmungen aus den Gründungs-

jahren des Bundeslandes 1951, 1970 und 1971. Die Ländereingliederung nach dem Weltkrieg sei ein »von einer breiten politischen Mehrheit getragenes Anliegen gewesen«. Dagegen ist das Bahnhofsprojekt höchst umstritten. Genau wie der Abstimmungsvorgang: das Volk werde befragt, ob es die Landesregierung beauftragen will, aus der Finanzierung des Groß-

vorhabens auszusteigen. Dabei sei noch nicht einmal juristisch einwandfrei geklärt, »ob überhaupt Kündigungsrechte, bezogen auf die Kündigung bestehender Verträge, ausübbar sind«.

Der Politikwissenschaftler sieht das Nachbarland Bayern bei plebiszitären Elementen neben der Schweiz durchaus als Vorbild für Baden-Württemberg. Bayern habe seit dem Weltkrieg insgesamt 14 Volksentscheide gehabt. Zuletzt stimmten die Bayern über das Rauchergesetz ab: Hätte es ein Quorum gegeben wie in Baden-Württemberg, wäre das neue Gesetz »von Volkes Gnaden« nicht zustande gekommen, betont Wehling. Denn nur rund 23 Prozent aller Wahlberechtigten stimmten für den Vorschlag der Anti-Raucher-Kampagne.

Überdies glaubt Hans-Georg Wehling nicht, dass eine Ausweitung der Möglichkeiten für Volksentscheide zu Missbrauch verleiten könnten. Das Volk tendiere nicht dazu, »unsinnige Dinge zu entscheiden mit winzigen Mehrheiten«. Es gehe nicht darum, die repräsentative Demokratie auszuhebeln. Vielmehr sollte diese ergänzt werden - und in wenigen, aber wichtigen Fällen die Bürger durch Volksabstimmungen einbezogen werden.

Landratsamt: Wahlanfechtung ohne Grundlage

Freiburg/Müllheim (rd). Das Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald in Freiburg hat die Anfechtung der Bürgermeisterwahl in Müllheim durch eine überwiegend anonym agierende Gruppe von Unternehmern abgewiesen. Für eine Anfechtung der Wahl der parteilosen Kandidatin Astrid Siemes-Knoblich (49) sei keine Rechtsgrundlage gegeben, so Behördensprecher Matthias Fetterer. Das Ergebnis der Arbeit der Kommunalaufsicht wurde gestern der Stadt und den Anfechtern mitgeteilt: Eine gesetzeswidrige Wahlbeeinflussung »etwa durch eine Täuschung der Wählerschaft« liege nach Überprüfung des Sachverhaltes nicht vor, so die Behörde.

MEINUNG DER LESER

Prestigeobjekt ohne Nutzen

Betrifft: Stuttgart 21

Ich verstehe nicht, wie jemand, der selbst nicht in das S21-Bahnprojekt involviert ist, bei der Volksabstimmung mit Nein stimmen kann. Es hat doch keiner von uns einen Nutzen von diesem milliardenschlingenden Prestigeobjekt. Ein Ja zum Ausstieg in letzter Minute wäre meines Erachtens das einzig Rettende.

Christel Nowak
Waldachtal-Tumlingen



Den Gegnern von Stuttgart 21 zufolge ist der Kopfbahnhof leistungsfähiger. Foto: Seeger

Projekt bremst die Fläche aus

Betrifft: Stuttgart 21

Stuttgart 21 hat mit Fortschritt nichts zu tun. Eine Verkehrspolitik mit Zukunft muss den öffentlichen Nah-, Güter- und Fernverkehr in ganz Baden-Württemberg ausbauen, aber genau das blockiert das sündhaft teure Projekt S21. Eine Alternative wäre die Moderni-

nen in die Fläche, wie etwa die Elektrifizierung der Bahnstrecke von Sigmaringen bis Stuttgart, werden durch S21 eher verzögert als beschleunigt. Den Betreibern von S21 geht es weder um Arbeitsplätze noch um die Verbesserung des Schienenverkehrs für die Massen. Denn in den letzten zehn Jahren vernichtete die Bahn-AG Tausende Arbeitsplätze und dünnte die Strecken im Regionalbereich aus.

Renate Schmidt
Albstadt

Höhlensystem birgt Risiken

Betrifft: Stuttgart 21

Dass sich die Kosten bei solch einem unübersichtlichen Megaprojekt zumindest verdoppeln, wird kaum jemand abstreiten wollen. Aber das ist nicht mal das Schlimmste. Die paar Milliarden sind nicht wirklich von Bedeutung angesichts der zwei Billionen Euro auf unserer Soll-Seite. Computerprojektionen simulieren zwar wunderschöne Hallen

im Tiefbahnhof, aber seit dem Einsturz der Zwillingstürme vor zehn Jahren ist die Welt nicht mehr dieselbe. Bombenbaurezepte kann man im Internet holen. Selbst einem Feind würde ich nicht wünschen, bei einem Bombenalarm im Höhlensystem von Stuttgart 21 gefangen zu sein. Abgesehen davon kommt die Anbindung Stuttgarts an Paris, Mailand und Bratislava meines Erachtens deutlich zu spät, weil die EU bereits wieder zurückgebaut wird.

Siegfried Stoll
Freudenstadt

Grüne trommeln sehr lautstark

Betrifft: Stuttgart 21

Es wundert mich, dass die Waage der Leserbriefe, je näher der 27. November herandrückt, nach links in den Grünen-Bereich absinkt. Dies gilt nicht nur für das seit Jahren demokratisch beschlossene Bauvorhaben des Bahnhofs, sondern auch für die nachhaltig recht positiv dargestellten

Ex-Lehrer im momentanen Regierungslager.

Karl-Heinz Klatt
Geislingen-Binsdorf

Abstimmung bietet Chancen

Betrifft: Stuttgart 21

Man mag nun zu Stuttgart 21 stehen, wie man will, aber die Volksabstimmung, die nun aus den ganzen Diskussionen resultiert, hat uns der Demokratie ein kleines Stück näher gebracht. Alle paar Jahre dürfen wir bislang ein Kreuzchen

machen - und uns nachher wundern, wenn nichts von dem erfüllt wird, was zuvor versprochen worden war. Nun dürfen wir am Sonntag entscheiden: so oder so! Der Gang zur Wahlurne sollte Pflicht sein, denn wenn diese Volksabstimmung an zu geringer Wahlbeteiligung scheitert, dann wird es wohl auch in absehbarer Zeit nichts Vergleichbares mehr geben.

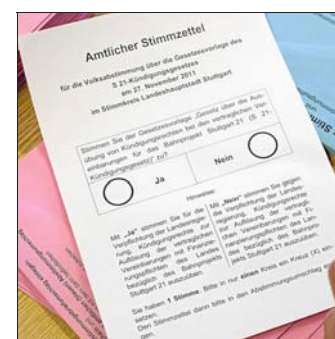
Roland Göttle
Bitz

SCHREIBEN SIE UNS

Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Richten Sie Ihre Briefe bitte an folgende Adresse:

Schwarzwälder Bote
Redaktionsgesellschaft mbH
Postfach 13 80
78 722 Oberndorf a.N.
Fax: 07423/7873
E-Mail: leserbriefe@schwarzwaelder-bote.de

Vergessen Sie bitte nicht Ihre Adresse und Ihre Unterschrift.



Am Sonntag sollen die Bürger das Sagen haben. Foto: Latz